

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postämter, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorauszahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gefaltene Bettzettel kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 13.

Sonntag, den 1. April.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Gegen die Banderolesteuer.

Ein trauriges Spiel treiben die Mehrheitsparteien des Reichstags — die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum — mit der Zigarettenindustrie. Wie wir bereits in voriger Nummer unsres Blattes mitteilten, hatte die Subkommission, die zur gründlichen Erwägung der für die Zigarettenindustrie vorgeschlagenen Steuer Systeme niedergelegt worden war, in einer dreistündigen Sitzung beschlossen, an dem Banderolesteuersystem festzuhalten. Es muß unbedingt festgestellt werden, daß die Zentrumsabgeordneten Müller-Fulda und Dr. Jäger, die in der Hauptkommission gerade ihre schweren Bedenken gegen die Banderolesteuer geäußert und die Anregung zu einer höheren Verzollung des für Zigaretten zu verwendenden Rohstoffes auf neue gegeben hatten, in der Subkommission platt umfielen, ja, gar nicht einmal den Versuch machten, ihre Anregung einer Untersuchung zu unterwerfen, sondern sofort für Banderolesteuer eintraten.

Das Zentrum trägt also jetzt die Hauptverantwortung für diese demoralisierende und industrieschädliche Steuer. Wären die beiden Abgeordneten gegen diese Steuer in der Subkommission aufgetreten, dann fiel sie in dieser und es wäre der Hauptkommission nicht leicht geworden, gegen solch ein Votum die Steuer doch durchzudrücken. Innerhalb dreier Stunden wechselten also diese Abgeordneten ihre Meinung zweimal. Inzwischen scheinen sie ihre Ansicht über die Banderolesteuer mit der der Regierung in Uebereinstimmung gebracht zu haben.

Es muß aber auch gesagt werden, daß das Unternehmertum der Tabakindustrie eine ebenso klägliche Rolle gespielt und dadurch den Parteien der Steuerwilliger die Schwankung zuungunsten der Zigarettenindustrie erleichtert hat. Schuld daran ist die scheelsüchtige Rivalität zwischen Zigaretten- und Zigarrenfabrikanten, die seit einigen Jahren infolge des Aufschwungs der Zigarettenindustrie entstanden ist. Diese Rivalität wurde noch gesteigert durch das Verlangen der Zigarettenfabrikanten im Jahre 1902, dem neuen Zolltarif einen höheren Zollsatz auf ausländische Zigaretten einzufügen, denn damit gaben sie der Frage der Tabakverzollung einen Anstoß, der leicht zu schlimmerem führen konnte. Aus dieser Rivalität heraus quollen Äußerungen aus der Zigarrenindustrie, daß die Zigarettenfabrikation nicht so schwer belastet sei, wie die Zigarrenfabrikation, daß sie also eine höhere Belastung noch eher ertragen könne. Nun steht aber doch fest, daß auch die Zigarettenindustrie sich auf die bestehenden Verhältnisse eingerichtet hat und einen schweren Stoß erleiden muß durch eine Belastung, wie sie die Regierung verlangte. Um so kopsloser war es darum gehandelt, daß die Zigarettenfabrikanten unter der scheelsüchtigen Angabe der Zigarrenindustriellen dem Anfinnen der Regierung nachgaben und das Zugeständnis machten, eine milde Steuererhöhung tragen zu wollen. Unse Genossen in der Steuerkommission hatten ganz recht, als sie sagten, die Zigarettenfabrikanten haben geglaubt, daß, wenn ihre Industrie mit einer Million Mark höher besteuert würde, sie diese Steuer zum größten Teil, wenn nicht ganz auf die Arbeitslöhne hätten abwälzen können. Aber sie irrten sich ganz gewaltig in der Auffassung, daß die Regierung dieses Zugeständnis nicht zu einer viel höheren Steuerrepression ausnützen würde. Die Zigarettensteuervorlage gibt ja genügend Aufschluß hierüber.

Die Gefahr der geforderten Belastung öffnete erst den Zigarettenfabrikanten die Augen, die nun endlich auch einsehen, daß solche Gefahren nur im gemeinsamen Kampfe, auch mit den Arbeitern, abgewendet werden können. Sie hätten diese Erfahrung aus dem Kampfe gegen die Fabriksteuer in den Jahren 1893—95 ziehen können. Die Zigarrenfabrikanten sind durch jene Kämpfe gewarnt und haben in den gegenwärtigen Kämpfen die gleiche Taktik eingeschlagen, soweit es sich um die Gefahr für die Zigarrenindustrie handelte. Zu ihrer Unehre muß es aber gesagt werden, daß sie wenig Solidarität gegenüber ihren Kollegen in der Zigarettenindustrie übten, vielmehr eine äußerst zweideutige Rolle spielten.

Nie und nimmer durften die Zigarrenfabrikanten einer höheren Besteuerung der Zigarettenindustrie das Wort reden, geschweige denn besondere Vorschläge einer höheren Besteuerung machen. In ihrem eigenen Interesse durften sie dies nicht tun, weil jede höhere Belastung irgendeines Zweiges der Tabakindustrie der Regierung und den tabakfeindlichen volksbelastenden Parteien Anlaß zu weiteren Attacken auf den Tabak gibt. Vielmehr mußten die Zigarrenfabrikanten, die doch aus den früheren Kämpfen das begreifen gelernt haben mußten, durch geschlossenes Auftreten gegen jede höhere Besteuerung den durch ihre

frühere falsche Taktik in eine schiefe Stellung, ja in eine böse Klippe geratenen Zigarettenfabrikanten einen festen Rückhalt bieten, dann ständen die steuerfächtigen Parteien und die Regierung einer geschlossenen Phalanx gegenüber und dürften sich das traurige Spiel nicht erlauben, das sie jetzt gegen die Zigarettenindustrie treiben. Um so mehr müßten nunmehr die Zigarrenfabrikanten gegen jede höhere Belastung irgendeines Zweiges der Tabakindustrie geschlossen eintreten, als sie jetzt einsehen müssen, daß der Regierung äußerst viel daran gelegen ist, das von ihren politischen Handlangern durch den Abgeordneten Geld präsentierte Banderolesteuersystem zu erlangen, weil sie es fußfeste auf die gesamte Tabakindustrie übertragen möchte, um so ihrem Ziele näher zu kommen, diese Industrie ganz und gar unter die fiskalische Fuchtel zu bekommen, bis sie endlich für das Monopol reif ist.

Ganz richtig schildert die Süddeutsche Tabakzeitung die Gefahr, indem sie schreibt, „die einstimmige Ablehnung der Rohstoffab-Gewichtssteuererhöhung beweist, daß man die Zigarrenindustrie schonen will, deren Zukunft man nur wieder bedrohen würde, wenn man dem Banderolesteuersystem ins Tabakgewerbe Eingang verschaffen wollte... Die Banderolesteuer macht jedes Monopol unnötig. Braucht man Geld, erhöht man den Preis der Banderole.“ Und wenn das Blatt sagt: „Ein Sturm würde die Banderolesteuer wegfehen, wenn man tatsächlich versuchen sollte, dieses gefährliche und für das deutsche Tabakgewerbe absolut untaugliche Steuersystem in unser Erwerbsleben einzuführen,“ so sind wir ganz seiner Meinung, aber es mußte von den Zigarrenfabrikanten vorher mehr getan werden, um diese Steuer zu verhindern, dann brauchte man nicht erst den Sturm zu entfachen.

Bisher sind es tatsächlich die Arbeitervertreter, die sozialdemokratischen Abgeordneten, gewesen, die den Kampf gegen die höhere Besteuerung des Tabaks konsequent geführt haben und mit ebenso großer Energie für die Zigarettenindustrie eingetreten sind, wie für die Zigarrenindustrie, überhaupt für alle Zweige der Tabakindustrie. Sie haben es nur zu sehr beklagt, daß sie von dem Unternehmertum durch Rückschläge in ihrem Kampfe gestört wurden, denn oftmals wurde unsern Freunden in der Steuerkommission entgegengehalten, daß das Unternehmertum in eine höhere Besteuerung der Zigarettenindustrie wisse.

In dem Augenblick, wo wir dies schreiben, ist die Entscheidung in der Steuerkommission noch nicht gefallen, aber wir zweifeln nach dem schmählischen Umfall der genannten Zentrumsabgeordneten keinen Augenblick daran, daß die Banderolesteuer von der Kommission beschlossen wird. Die Süddeutsche Tabakzeitung wird also mit zum Sturm blasen müssen.

Wie das Unternehmertum der Tabakindustrie bis zur zweiten Lesung im Plenum, die nach den Osterferien stattfindet, sich stellt, das werden wir ja sehen; für die Arbeiter brauchen wir kaum zu sagen, daß sie den Kampf ununterbrochen führen müssen, erst recht, wenn auch der Reichstag die Banderolesteuer beschlösse. In der Steuerkommission hat bereits Genosse Geyer auf die politischen Folgen dieses Kampfes hingewiesen und die steuerwütigen Parteien gewarnt, die Tatsachen werden ihm recht geben.

## Die Banderolesteuer in der Kommission.

Am 27. März wurde die zweite Lesung des Zigarettensteuergesetzes (Banderolesteuer) in der Steuerkommission fortgesetzt. Der Bericht des Dr. Jäger über die Tätigkeit der Subkommission, die bekanntlich noch einmal alle Steuer Systeme durchberaten sollte, war sehr dürftig, indes wurde in der Debatte festgestellt, daß die Mehrheit der Kommission, ohne eine gründliche Untersuchung der andern Systeme vorgenommen zu haben, sich von vornherein für das Banderolesteuersystem zu sehr engagiert hatte und daran kurzerhand festhielt.

In der Hauptkommission warf unter anderm der Abgeordnete Geyer dem Abgeordneten Müller-Fulda vor, falsche Hoffnungen bei den Zigaretten-Industriellen hervorgerufen zu haben durch seine Bedenken gegen die Banderolesteuer und durch seine Empfehlung, das differenzierte Gewichtsteuersystem eingehender zu prüfen. In der Subkommission habe er diese hoffnungserweckenden Absichten aufgegeben und verteidige nun das Banderolesteuersystem; seine Haltung sei eine äußerst schwankende.

Genosse v. Elm wie besonders auf die demoralisierende Wirkung des Banderolesteuersystems hin und erörterte eingehend die Schäden der Steuer für die Arbeiter. Genosse Molkenbuzer erklärte, daß diese Steuer geradezu eine Prämie auf Lohnbrüderei sei, denn man werde am Lohne abbrehen, um den Preis der Zigaretten unter einer der gestaffelten Steuergrenzen

zu halten. Und Genosse Schmalfeldt wies klar und deutlich die Mittelstandsfeindlichkeit dieser Steuer nach, denn infolge der Kontrolle werde ein Teil der kleinen Händler das Zigaretten-geschäft aufgeben müssen und außerdem werde das Großkapital die Kleinindustrie niederkonkurrieren.

Auch die freisinnigen Abgeordneten Merten und Wiemer traten gegen diese Steuer entschieden auf, ebenso verwarf sie der polnische Abgeordnete Graf Mielczinski.

Vom Zentrum traten Müller-Fulda und Dr. Jäger für sie ein, von den Konservativen die Abgeordneten Dietrich und v. Derken und von den Nationalliberalen der unheimliche Abgeordnete Geld.

Da diese Befürworter der Steuer bestritten, daß die Arbeitslöhne durch die Steuer betroffen würden, Arbeiterentlassungen eintreten müssen und der Trust resp. das Großkapital durch sie gefördert werde, sagte Geyer in längerer Rede noch einmal die Gründe zusammen, die diese Behauptungen widerlegten.

Außerdem warf Geyer die Frage auf, warum man sich so sehr auf diese Steuer versteife, die doch nur zirka 10—12 Mill. Mark einbringen werde? Er gab der Befürchtung der gesamten Tabakindustrie lebendigen Ausdruck, daß der Hintergedanke bestehe, diese Steuer mit der Zeit auf alle Zweige der Tabakindustrie zu übertragen. Geyer bedauerte, daß das Unternehmertum der Tabakindustrie nicht ebenso geschlossen dieser Steuer gegenüberstehe, wie dem Zoll auf Rohstoff, dann würde es weder die Kommission, noch die Regierung gewagt haben, die Zigarettenindustrie so zum Schaden der Arbeiter und kleinen Fabrikanten zu belasten. Er gebe aber die Versicherung, daß von dem Tage, an dem dieses Gesetz freiert werde, ein ununterbrochener Kampf gegen dasselbe beginnen werde und daß die Befürchtung der Uebertragung der Banderolesteuer auf die gesamte Tabakindustrie dafür sorgen wird, daß in diesem Kampfe auch die gesamte Tabakindustrie wieder geschlossen vorgehen wird. Die sozialpolitischen Folgen des Gesetzes, müsse die politische Opposition in der Tabakindustrie verschärfen, das würden die Parteien, die es geschaffen, sowie die Regierung bald verspüren.

Es müßte jedoch alles nichts, die Mehrheit der Kommission beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des polnischen Abgeordneten die Annahme des § 2 des Geldschen Antrags, der die Banderolesteuer im Prinzip enthält.

Zu bemerken ist noch als Charakteristikum, daß der Vorsitzende der Kommission, der nationalliberale Abgeordnete Büsing, mit großer Besessenheit auf eine Durchpeitschung der Steuergesetze hindrängt, die eine gründliche Beratung hemmt. Mit Annahme des § 2 schloß heute die Sitzung.

## Preussischer Wahlrechtsjammer.

Ein jammervolles Parlament hat am Freitag ein jammervolles Gesetzchen beraten. Nach vierstündiger Stumpf sinnqual beschloß das preussische Abgeordnetenhause, die Wahlrechtsvorlage der Regierung einer 21gliedrigen Kommission zu überweisen. Damit war ein „großer Tag“ des preussischen Dreiklassenparlamentes zu Ende.

Ein großer Tag — gewiß! Aber seine Größe besteht nicht in der Bedeutung dieser gesetzgebenden Körperschaft, noch in der Höhe der Aufgaben, die sie sich gestellt hat, sondern in der Größe der Idee, die von diesem Hause fast einhellig bekämpft wird. Kein Mensch würde sich um die politischen Unterhaltungen dieser würdigen Gesellschaft kümmern, wären sie nicht die Antwort auf den Massenruf des Volkes, der sich draußen im weiten Lande erhob, sie sind nur interessant als das Gegenspiel der preussischen Wahlrechtsbewegung.

Die gesetzgeberische Aktion, die die preussische Regierung unternommen hat, hat eingestandenmaßen nur den einen Zweck, dem unaushaltbaren Verfall des geltenden preussischen Wahlsystems wenigstens für einige Zeit Einhalt zu gebieten. Gäbe es im Abgeordnetenhause eine einzige entschieden volksfreundliche Partei, so hätten wir aus ihrem Munde erfahren müssen, daß sie ihre ganze Kraft einsetzen werde, um eine solche Rettungsaktion zu verhindern. Eine solche Erklärung ist aber von keiner Seite abgegeben worden. Wohl stimmten die beiden freisinnigen Fraktionen gegen die Kommissionsberatung: zuvor aber hatte Herr Fischbeck namens der sogenannten Volkspartei erklärt, er sei bereit, für die geplante Abänderung des Wahlverfahrens einzutreten, da die Ausführung des Wahlgesetzes nicht durch Wahlobstruktion verhindert werden dürfe! Die freisinnige Volkspartei, angeblich die entschiedenste Gegnerin des Dreiklassenwahlrechts, wirft diesem Wahlsystem den Rettungsring zu, damit es nicht an seinem eigenen Unsinne zugrunde gehe!

Nach dieser Haltung der „äußersten Linken“ kann man sich leicht eine Vorstellung davon machen, wie es sonst in jenem hohen Hause ausseh und zugeht. Man höre von dem nationalliberalen Herrn Krause langatmige Tiraden über das Elend des Dreiklassenwahlrechts und die Unwürdigkeit dieses „Stückgesetzes“. Aber derselbe liberale Herr Krause erklärte in derselben Rede, seine Fraktion würde die Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen niemals zugeben. Die Rechte wälzte sich vor Vergnügen über solchen Liberalismus.

Dagegen ist das Zentrum natürlich ein treuer Anhänger des Reichstagswahlrechts und will es auch in Preußen eingeführt wissen. Man höre und staune, das Zentrum ist für das gleiche Wahlrecht in Preußen ganz gewiß und sehr entschieden, nur wartet es darauf, daß ihm die — königlich preussische Regierung vorangehe. An dem Tage, an dem Herr v. Rheinbaben ein Hoch auf das gleiche Preußenwahlrecht ausbringt, wird Herr Dr. Borjad desgleichen tun! Im übrigen stimmt das Zentrum für Kommissionsberatung, es will „prüfen“, ja, wenn die Rettungsvorlage sonst eine sichere Mehrheit bekommt, wird sich das Zentrum vielleicht sogar den Luxus erlauben, gegen sie zu stimmen. Was wollen die katholischen Arbeiter mehr?

Was soll man da noch über die Zrmer und Zebitz, die Redner der Rechten, sagen; sie erscheinen beinahe noch sympathisch mit ihrer gradlinigen Brutalität.

Und dennoch — ein Mensch in dieser trostlosen Dede! Es war der Hospitant der freisinnigen Volkspartei, der Frankfurter bürgerliche Demokrat Defer, der zum Schluß sehr verständig seine Ansicht auseinandersetzte, die darin gipfelt, daß das preussische Volk über kurz oder lang doch zu seinem Rechte kommen werde. Das hohe Haus hatte Fischbeck den Rücken gedreht und war vor Broemel geflüchtet, als Defer sprach, kamen sie wieder heran und sahen ganz still. Defer war ja der einzige, der sie, wenn auch nur leise, daran erinnerte, daß es auch draußen, außerhalb ihres beschränkten Interessen- und Gedankenkreises, eine Welt gebe, die machtvoll empordrängt, und ganz von ferneher mochte in ihnen die Ahnung eines Tages dämmern, an dem das preussische Volk über diese preussische Volksvertretung zur Tagesordnung übergehen wird.

## Rundschau.

**Der Reichspump.** Der neueste Jahresbericht der Reichsschuldenkommission ist dem Reichstage zugegangen. Die verzinliche Schuld des Deutschen Reiches am Schluß des Rechnungsjahres 1904 in Höhe von 3203,5 Mill. Mk. (gegen das Vorjahr mehr 100 Mill.) setzte sich zusammen aus 450 Mill. Mk. 3 1/2 Proz., vormals 4 Proz. Anleihen, 790 Mill. 3 1/2 Proz. Anleihen, 1788,5 Mill. 3 Proz. Anleihen, 40,07 Mill. 4 Proz. Schatzanweisungen von 1900 und 139,93 Mill. Mk. 3 1/2 Proz. Schatzanweisungen von 1904. Die unverzinlichen Schulden im Betrage von 550 Mill. Mk. bestanden aus 430 Mill. unverzinlicher Schatzanweisungen und 120 Mill. Reichsschatenscheinen. Demgemäß stellten sich die Gesamtschulden des Reiches Ende März 1905 auf 3753,5 Mill. Mk.

**Ueber den Arbeitsmarkt im Februar 1906 teilt das Reichsarbeitsblatt mit:** Die Gestaltung des Arbeitsmarkts im Monat Februar ließ sich überwiegend günstig an. Zu diesem Ergebnis trug eine Reihe von Faktoren bei, unter denen ebenso wie bereits im Januar der bevorstehende Eintritt der neuen Zollverhältnisse am 1. März, welcher in der Industrie sich in verstärkter Vorausfuhr geltend machte, besonders hervorzuheben ist. Daneben wirkte die milde Witterung, welche die Arbeiten im Freien während des ganzen Monats gestattete, im günstigen Sinne auf das Baugewerbe und seine Hilfgewerbe ein, so daß die Frühjahrsbelebung in diesem Jahre, wenigstens in Norddeutschland, in diesen Gewerben früher einsetzte als sonst. Der lebhafteste Gang der Industrie kam im Februar in der starken Nachfrage nach der Produktion des Kohlenbergbaues, der voll beschäftigt war, zum Ausdruck. Ebenso hatten die Metall- und Maschinenindustrie, die elektrische, chemische und Textilindustrie, zum Teil mit Rücksicht auf die bevorstehende Aenderung der Zollverhältnisse, angestrengt zu tun. Im übrigen waren in einer Reihe von Gewerben (Konfektionsindustrie, Buchdruckgewerbe und andre) die Saisonverhältnisse von ausschlaggebender Bedeutung, die entsprechend der Jahreszeit zum Teil zu einer Zunahme, in einer Reihe von Gewerben zu einer Abnahme der Arbeitsgelegenheit führten.

**Ein „rechtswidriger“ Vermögensvorteil.** Unter die krassten Massenjustizurteile, die die deutschen Gerichte im vorigen Jahre gegen die Arbeiter gefällt haben, rubrizierte der Parteivorstand in seinem Geschäftsberichte auch den Fall des Genossen Staudinger, des Redakteurs vom Steinarbeiter. Staudinger hatte in einem Briefe an den Steinbruchbesitzer Günther in Leipzig wegen der Maßregelung eines Kollegen geschrieben, daß er ihm empfehlen würde, die Kündigung zurückzunehmen. Gleichzeitig bat er ihn um Befreiung über diese Angelegenheit. Falls Klostermann — so heißt der Kollege — weiter beschäftigt würde, nähme er selbstverständlich von dem Abdruck des eingesandten Artikels über die Maßregelung Abstand. Der Unternehmer sah darin eine Drohung und stellte gegen Staudinger Strafantrag mit dem Erfolge, daß ihn das Landgericht wegen versuchter Erpressung zu drei Wochen Gefängnis verurteilte. Gegen diese kunstvolle Gesetzesauslegung sächsischer Richter wendete der Genosse Staudinger das Rechtsmittel der Revision an das Reichsgericht an, das am 23. März darüber verhandelte. Wer nun freilich noch des naiven Glaubens lebt, das Reichsgericht folge den unteren Instanzen in der Gesetzesanwendung und Auslegung in solchen Fällen nicht, dem zeigen die Entscheidungen in den letzten Jahren das Frigge dieser Anschauung. Auch im vorliegenden Fall schloß es sich dem Landgerichtsurteil an, und begründete seine Entscheidung ebenso kurz wie erbaulich folgendermaßen: „Der Angeklagte habe seine Absicht nicht aufs Paktieren gerichtet, sondern auf die Ausübung eines Zwanges auf den Gewerbetreibenden. Es sei festgestellt (!), daß der Angeklagte neben andern Zwecken auch den Zweck verfolgt habe, dem Klostermann zu der Stelle zu verhelfen, um diesem dadurch einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen.“ Die Konsequenz dieses Entscheids und dessen Begründung berechtigt die Unternehmer zu der Hoffnung, daß sie mit Hilfe der Gerichte zukünftig jede gewerkschaft-

liche Forderung unmöglich machen können. Wie kann man da an kompetenter Stelle noch behaupten wollen, es gebe keine Klassenjustiz!

**Terror!** Wiederum liegt ein Fall vor, wo fleißige Arbeiter an freiwilliger Arbeit gehindert werden. Sind es sozialdemokratische Streikführer, die sich des Verbrechen, das bekanntlich mit Zuchthaus geahndet werden soll, schuldig machen? — Nein, ein Arbeitgeberverband ist es, der Arbeitgeberverband für Dortmund und Umgegend. Dieser hat an die Unternehmer ein Zirkular versandt, das wir zu veröffentlichen in der Lage sind. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

„Dortmund, 21. März 06.

Herr . . . . .  
Wie Ihnen aus Zeitungsnachrichten bekannt sein dürfte, ist im benachbarten Hagen eine Arbeiterbewegung im Gange. Die Arbeitgeber haben jede Verhandlung abgelehnt, da die Forderungen von dem Metallarbeiterverbande gestellt worden sind.

Infolgedessen hat bei der Firma Rentrop in Milzga eine Anzahl Leute gekündigt, deren Namen wir auf beiliegender Liste bekanntgeben.

Desgleichen sind bei der Maschinenbauaktiengesellschaft Union in Essen die auf der weiter beiliegenden Liste aufgeführten Arbeiter ohne Grund in Kündigung getreten.

Hochachtungsvoll  
Arbeitgeberverband für Dortmund und Umgegend.  
gez.: F. Schönchen.“

Bemerkung sei, daß sich die schwarzen Listen ausnehmen, wie staatsanwaltliche Steckbriefe; sie enthalten nicht bloß den Namen, sondern auch Geburtsdatum und Wohnort der Betroffenen, damit über die Person der Gefenzeichneter ja kein Irrtum obwalten kann. — Kein Staatsanwalt wird sich finden, der gegen solchen wirklichen Terrorismus einschreitet.

**Bei den Gewerkegerichtswahlen in Fürth in Bayern,** die zum erstenmal nach dem Proporz stattfanden, erzielten die freien Gewerkschaften einen vollen Erfolg. Die Christlichen und die Girsch-Underianer, auf deren Veranlassung der Proporz eingeführt worden ist, brachten nicht so viel Stimmen auf, wie die durchschnittliche Verteilungsziffer beträgt, obwohl sie von dem Rechte der Stimmenhäufung Gebrauch machten. Sämtliche Sitze fielen daher den freien Gewerkschaften zu, die ihre Stimmenzahl um 79 Prozent gegenüber der letzten Wahl vermehrten. Bei der Wahl der Unternehmerbeisitzer machten die Sozialdemokraten ihrerseits von dem Recht der Stimmenhäufung Gebrauch, wodurch erreicht wurde, daß ihnen zwei von sechs Sitzen zufielen.

**Die Einführung der unentgeltlichen Beerdigung** beschloß der Große Rat des Kantons St. Gallen mit 114 gegen 4 Stimmen. Im Solothurner Kantonsrat hat die sozialdemokratische Fraktion ebenfalls einen bezüglichen Antrag eingebracht. Die Gemeinde Rothrist im Kanton Solothurn hat sie jüngst beschlossen.

**Kuba.** Die Tabakfabriken in den wichtigeren Städten und Orten der Insel geben einer großen Anzahl von Männern und Frauen Beschäftigung, und die Wichtigkeit dieses Industriezweigs geht daraus hervor, daß im Jahre 1902/03 204 848 643 Zigarren im Werte von 12 395 530 Dollar, 13 197 210 Päckchen Zigaretten (à 14 Stück) im Werte von 364 660 Dollar und 161 051 Pfund geschnittener Tabak im Werte von 60 445 Dollar zur Ausfuhr gelangten. Großartige Gebäude sind die Tabakfabriken von Havana, die Tausenden von Personen lohnende Arbeit geben; verschiedene Arbeiter, z. B. die Sortierer, werden hier mit 5 bis 6 Dollar für den Tag bezahlt. Im Jahre 1901 wurden in Havana 116 Tabakfabriken und 51 handwerksmäßige Betriebe mit nicht mehr als 7 Arbeitern gezählt. Die Gesamtzahl der in der Tabakindustrie der Stadt beschäftigten Arbeiter betrug 19 000. Im Kalenderjahr 1903 (im Vergleich mit 1902) wurden aus Kuba ausgeführt 203 607 450 Zigarren (202 508 550), 14 341 445 Päckchen (11 670 155) Zigaretten, 106 874 Kilogramm (65 359) geschnittener Tabak. Im Jahre 1904 gelangten zum Export 205 144 298 Stück Zigarren im Werte von 12 302 969 Dollar, wovon 45 769 422 Stück (2 888 111 Dollar) nach den Vereinigten Staaten von Amerika, 23 388 074 Stück (1 968 365 Dollar) nach Deutschland und 92 559 817 Stück (5 197 785 Dollar) nach Großbritannien gingen.

## Berichte.

**Leipzig.** Die Firma Peters und Rubbert in Wiesel erfucht uns, die, wie sie schreibt, in Nr. 12 des Tabakarbeiters „unter Köln und Wiesel gemachten falschen Angaben des Herrn L. Klein, betr. Maßregelung eines Arbeiters unserer Fabrik in nächster Nummer zu widerrufen, andernfalls wir gerichtlich gegen Sie vorgehen“. Dann macht die Firma Angaben über den entlassenen Arbeiter, die wir nicht wiedergeben, weil, wie die Herren schreiben, die Angelegenheit „einer gerichtlichen Entscheidung entgegensteht“. Wir würden von der Zuschrift, zu deren Abdruck uns keine preßgesetzliche Bestimmung zwingt, keine Notiz genommen haben, wenn wir nicht unsern Genossen Gelegenheit geben wollten, die Angelegenheiten zweifelsfrei richtig zu stellen.  
Redaktion des Tabakarbeiters.

**Neustadt (O.-Schl.).** Zum Dresdner Konflikt. Jedes denkende Mitglied, welches den Streit in Dresden von der Entstehung bis jetzt mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, muß zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß der ganze Streit auf das Konto der dortigen Verbandsleitung zu setzen ist und gibt es nur zwei Schlußfolgerungen: Um die Schuld des bekämpften Rückganges der Mitgliederzahl von 4704 auf 1264 nicht auf sich zu laden, mußte man auf Mittel und Wege sinnen, durch welche dieses abgewendet wurde. Daß dieses zum Teil gelungen ist, beweist ja der Versammlungsbericht in Nr. 12 des Tabakarbeiters. Das in Umlauf gekochte Flugblatt spricht von einer Vergewaltigung von seiten des Vorstands. Niemals hätte sich der Vorstand veranlaßt gesehen, derartige Schritte zu tun, wenn nicht das Verhalten Uhligs dazu Anlaß gegeben hätte. Hätten die Mitglieder von Dresden selbst reinen Tisch gemacht, wäre dieser Auftritt vermieden worden. Nach dem Gange zu schließen, können diejenigen Kollegen, welche sich als die gesamte Mitgliedschaft aufspielen, keineswegs mit ziel- und klassenbewußten Arbeitern gleichgestellt werden. Wären die in Frage kommenden Kollegen wahre Gewerkschaftler und Parteigenossen, dann müßten sie auch demokratische Grundzüge kennen. Innerhalb unserer Organisation ist für ungetreue und nachlässige Beamte kein Platz. Der Mehrzahl der Dresdner Kollegen und Kolleginnen würde es gewiß lieber sein, wenn diejenigen, welche einen so ungeheuren Personenkultus treiben, einen ebenso großen Eifer für Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse an den Tag legen würden. Zu bedauern ist nur, daß der Vorstand nicht schon längst Membran geschaffen hat. Einen krasserem Standpunkt der Diktatur und des Absolutismus kann ja niemand einnehmen, als die Kontrollkommission in dem Schreiben an den Vorstand vom 3. No-

bember 1905 eingenommen hat, worin es heißt: „Ein Antrag, sich mit Kollegen Uhlig solidarisch zu erklären, wurde einstimmig angenommen. Ebenso ein solcher, welcher besagt, daß gegen alle Mitglieder, welche unbegründete nicht nachweisbare Anwürfe gegen den Vertrauensmann oder die Kontrollkommission erheben, der Ausschluß aus dem Verbande beantragt werden soll.“ Gätte die Kontrollkommission diesen Antrag einer Mitgliederversammlung unterbreitet, dann hätte dieselbe vielleicht etwas andres erlebt, denn daß die Mehrzahl der Mitglieder an derselben Kleingeisterei leidet, wie die Kontrollkommission, kann man, wenn man die sachlichen Darstellungen des Vorstands in Betracht zieht, nicht annehmen. Das, was Uhlig bis jetzt nachgewiesen ist, genügt vollkommen zu seiner Entlassung und haben die Kollegen nichts mehr hinzuzufügen. Wenn wir uns die Ausführungen der Delegierten von der Leipziger Generalversammlung bei Erhöhung der Beiträge und Kürzungen der Leistungen vor Augen führen, dann werden wir finden, daß nicht ein einziger der Meinung ist, daß die sauer verdienten Groschen dazu gezahlt werden, daß einzelne Beamte eine Mißwirtschaft damit treiben können, sondern einzig und allein zum Wohle für die gesamte Mitgliedschaft verwendet werden sollen. Die kommende Generalversammlung wird hoffentlich das Fehlende in der Erziehung nachholen, damit auch diejenigen, denen es in mancher Beziehung noch mangelt, das werden, was sie sein sollen: ziel- und klassenbewußte Arbeiter. Den Deubener Kollegen sei auf den Bericht aus Nr. 11 des Tabakarbeiters erwidert, daß wir in Oberschlesien mit andern Verhältnissen zu rechnen haben, wie sie vielleicht in Deuben zu finden sind. Wenn wir Genossen Schüh als zweiten Referenten hier hatten, dann ist derselbe aus unserer eignen Tasche bezahlt worden; und wenn uns die Gelegenheit wieder geboten wird, auf diese Weise die Agitation entfalten zu können, dann werden wir die Genehmigung der Deubener Kollegen auch nicht nachsuchen.

**Ottensen.** In Nr. 11 des Tabakarbeiters befindet sich der Bericht über die Konferenz des 1. Gau. Derselbe ist unvollständig und einseitig; es fehlt darin der Protest der Zahlstelle Schiffbeck, sowie meine Ausführungen gegen die Anstellung eines Gau- bzw. Agitationsleiters. Ebenso habe ich die Handhabung in dieser Sache, und zwar aus wichtigen Gründen, als eine nicht richtige kritisiert. Es ist üblich, daß man auch über gegnerische Meinungen berichtet. Warum geschah dieses nicht, Kollege Bander? U. A. m. g.  
Th. Tiedermann.

**Speng.** Abrechnung. In der Kommission zur Bekämpfung der Mehrbelastung des Tabaks wurde in der letzten Sitzung folgende Abrechnung vorgelegt: Einnahme: Durch J. Stöcker 1,85, Fabrik Wilh. Abrod 3,10, durch Luise Blomeyer 15,60, durch Johanne Giehlmann 6, durch August Kuhlmann 4,80, durch Wilhelm Deppe 13,20, Fabrik Wittenmeyer 4,05, durch G. Niemann 10,80, durch Hermann Dietmann, Westeringer 7,55, Fabrik Aug. Opitz 7,50, durch Gebrüder Heimann 0,60, Fabrik Altemeyer, Suder 8,40, durch Wilhelm Eidmeyer, Wallenbrück 3,05, durch Fritz Meyer 1,20, durch Kronsbain bei Oldemeyer 0,50, durch Fritz Freese 16,40, durch Fritz Brinmann 14,10, durch G. Kiefe, Lenginghausen 8,05, von Kollegen in St. Annen 8,50, Fabrik Spengherde 10,20, durch Gottlieb Kampmann 5,50, durch Heinrich Horst, Westeringer 2,60, durch Wilhelm Wöhmann 4,25, Antriebs-Versammlung am 14. Januar 20,20 Mk. Summa 178 Mk. Ausgabe: An die Zentralkommission in Berlin 25, an Wilhelm Deppe nach St. Annen 1,65, an Hermann Dietmann für Fahrgehalt (zweimal) 5, für Referate in Versammlungen 38, für Plakate 11,25, für Inserate 3,82, für Delegation zum Berliner Kongreß 55,80, für 150 Broschüren vom Kongreß 15,50, für Porto und Papier 6,32 Mk. Summe 162,34 Mk. Bleibt ein Bestand von 15,66 Mk. Revidiert und richtig befunden: Die Kommission: Hermann Kleer, Hermann Niemann, Hermann Dietmann, August Kuhlmann, Heinrich Peppmüller. Es wurde dem Kassierer J. Brinmann einstimmig die Decharge erteilt. Die Kommission beschloß einstimmig, dem Ueberchuß vorläufig noch als Fonds bestehen zu lassen.

## Ghären des Schlachtfeldes.

Ghären des Schlachtfeldes! Ein namenloser Efel erfucht jeden empfindenden Menschen schon bei dem bloßen Worte. Vor seinem geistigen Bilde steigt das Bild des schauerlichen Schlachtfeldes auf, er sieht die Heere sich zusammenziehen, sieht die Soldaten bereit, ihr Blut zu vergießen und ihr Leben zu geben für die Sache ihrer Nation, ihrer Ehre. Und er sieht daneben im dunklen Gebüsch jenes nichtswürdige Verbrechergesindel, Abschaum der Menschheit, das herumlaert, um die in unfaßbaren Schmerzen sich windenden Verwundeten auszulündern, ihnen den letzten Stoß zu geben, um sich ihre Waffen und ihre wenigen Gabelfigkeiten anzueignen. Hinterlistig und feige schleicht dies Gesindel herum, die Gelegenheit zum Morben, Rauben und Vertragen erspähend. In seiner Erbarmlichkeit, seinem Lumpentum unerreich. Oder doch nicht?

Das Schlachtfeld des wirtschaftlichen Kampfes kennt seit neuerer Zeit ebensolche Ghären. Gewiß, wir kennen im wirtschaftlichen Kampfe seit langem jene modernen Judas Ischariots, die ihren kämpfenden Klassengenossen, sei es aus Dummheit, sei es aus Bosheit, in den Rücken fallen, sie dem Ausbentetum verraten. Aber sie sind von Jahr zu Jahr weniger geworden, haben mehr und mehr das Unwürdige ihrer Handlungen eingesehen.

Die Ghären des wirtschaftlichen Schlachtfeldes sind weit nichtswürdiger, weit schamloser, aber auch weit gefährlicher. Es ist das organisierte Verrätertum, das unter der Maske des Christentums und des „Nationalismus“ die Arbeiter für das schändliche Gewerbe des Bruderverrats irregulieren sucht. Planmäßig, aber ebenso hinterlistig und feige wie das Verbrechergesindel auf den Schlachtfeldern, organisiert dieser Auswurf der Arbeiterschaft den elendesten Verrat, den Streikbruch.

In frischer Erinnerung ist der Verrat der sogenannten „christlichen“ Holzarbeiter in Köln. Und schon wieder hat eine dem Gesamtverbande der „christlichen“ Gewerkschaften angegeschlossene Streikbrecherbündel ein ebenso schändliches Verräterbattillon: Die christliche Sonderbündel in der Gärtnerbewegung hat in Berlin die Werbung von Streikbrechern für die Berliner Handelsgärtner übernommen.

Der Allgemeine deutsche Gärtnerverein lehnte den Abschluß eines Tarifs unter den von den Unternehmern, unterstützt und ermutigt durch die „Christlichen“, gestellten Bedingungen ab. In diesem Jahre ist nun von über 1000 Handelsgärtnergehilfen Berlins eine ernste Aktion eingeleitet, um die grauenregenden Mißstände in der Handelsgärtnererei zu beseitigen. Sie haben ihre Stellungen regelrecht gekündigt, sind also auf rein gesetzlicher Basis vorgegangen. Und sie haben außerordentlich bescheidene Forderungen gestellt: Wochenlohn von 22 Mk. bei elfstündiger Arbeitszeit, sowie Durchführung der Sonntagsruhe. In aller Eile betrieben, nachdem die Forderungen bzw. die bevorstehende Aktion ihnen bekannt waren, die Unternehmer einen Tarifabschluß mit etwa 60 christlichen Gärtnern, von denen nur einige wenige in der Branche tätig sind. Für 16,20 Mk. Mindestlohn verkaufen diese christlichen Judas Ischariots die Interessen der armen Gärtnergehilfen, die bei lärglichen Hungerlöhnen in übermäßig langer Arbeitszeit dahin vegetieren und in den elendesten Wohnräumen hausen müssen, an die Unternehmer. Der Arbeitsnachweise eines Gastwirts wird mobil gemacht. Das christliche Verbandsorgan bringt am Tage der Kündigung (15. März) auf seiner ersten Seite folgendes Gesuch nach Streikbrechern:

„Wichtige Gehilfen erhalten sofort Stellung in Berlin und Umgegend zu vollem tarifmäßigen Lohn (also zu 16,20 Mk.! D. Red.) bei tariftreuen Firmen durch unsern Stellennachweis, Berlin N. 37, Weidenburger Straße 67. Der Tarifauschuß



zu bringenden 3. Bevollmächtigten. 4. Verschiedenes. — Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Versammlung gut besucht wird. Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Beiträge bis dahin zu begleichen, damit die Abrechnung fertiggestellt werden kann.

**In Protterode:** Sonnabend, den 7. April, im Gasthof zur Krone. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. — Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**In Dunnebrod:** Sonntag, den 8. April, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Gastwirt Erdbürger. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen und, da der Quartalsabschluss bevorsteht, die Beiträge zu entrichten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**In Lemgo:** Sonntag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal bei Gastwirt G. Rippe, Breite Straße. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**In Ronneburg:** Sonntag, den 8. April, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Bergschloßchen. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal, 2. Maifeier betr. 3. Verschiedenes. — Um zahlreichen Besuch bittet J. A.: Der Bevollmächtigte.

**In Schwelungen:** Sonntag, den 8. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Karlsberg. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**In Oerlinghausen:** Freitag, den 13. April, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Blome. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal, 2. Deckblattfrage, 3. Maifeier, 4. Verschiedenes. — Die Beiträge müssen bis Sonntag, den 8. April, entrichtet sein, damit die Abrechnung fertiggestellt wird. Pflicht aller Mitglieder ist es, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**In Dessau:** Sonnabend, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, in Stadt Braunschweig. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal, 2. Bericht des Kartellbelegierten, 3. Verschiedenes. — Ersuche alle Mitglieder von Dranienbaum, Rohlau und Jekwitz, ihre Beiträge bis

zum 8. April zu begleichen, damit die Abrechnung in der Mitglieder-versammlung fertig vorgelegt werden und ein jeder Kollege Einsicht davon nehmen kann. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Gera.** Die von auswärts nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis zum 15. April an den 2. Bev. Rich. Wiede, Gera-Deichswitz, Deulwitzstr. 18, einzusenden. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Yegnik.** Diejenigen Mitglieder, welche nach hier ihre Beiträge zahlen, werden ersucht, dieselben bis zum 7. April für das 1. Quartal zu begleichen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Zentralberberge München.** Die Herberge des Gewerkschafts-Bereins München ist ab 1. April von Binnumstraße 5 nach **Reisendachstraße 4a**, Nähe des Sendlinger Thor-Platzes, Holzstraße, verlegt. Wir bitten die reisenden Kollegen, hiervon Notiz zu nehmen und empfehlen die vollständig neu hergerichtete Herberge zur gefl. Benutzung. Betten à 30 Pfg. inkl. Wabergelegenheit usw. **Die Herbergs-Kommission.**

# Franz Metzler, Bremen

**Detail-Verkauf zu Groß-Preisen.**  
Sämtliche Tabake haben unter Garantie tabellosen Brand und gute Qualität.

Losgut (Prima-Sortierung)	von 75 Pfg. an
Sumatra-Decker, helle Farbe, tabell. Brand, gr. Deckkraft	160 " "
Sumatra-Umblatt	100 " "
Vorstenlanden-Decker, hellbraun, Deckkraft 2 Pfd.	170 " "
Java-Bezoeki, fein in Brand und Qualität	85 " "
Brasil, Felix	von 85, 95 und 105 " "
Carmen, Seedleaf, Domingo, Umblatt und Einlage	85, 95 und 100 Pfg.
Cuba 130 Pfg., Brasil, Decker 150 Pfg., Havana, Decker 250 Pfg.	

Preise per Pfund verzollt, nur unter Nachnahme.

En gros. **Rohtabak** En détail.  
**P. Zimmer, Bremen.**  
Grosse Auswahl! Billigste Preise!  
Preisliste gratis und franko.

**Albert Steen, Bremen.**  
Tabake zur Zigarren-Fabrikation.  
Nur feine, tadellose Ware in größter Auswahl zu äußerst billig gestellten Preisen.  
Preisliste verlangen. Versand gegen Nachnahme.

**H. Edling, Bremen**  
grösstes Geschäft dieser Art am Platze  
empfehlen in bekannter Preiswürdigkeit

Sumatra-Decker à 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 280, 350 Pfg.
Sumatra-Umblatt à 95, 100, 105, 110, 120 Pfg.
Java-Decker à 160, 190, 220 Pfg.
Vorstenland-Decker, graubraune Farben, à 180 Pfg.
Java-Umblatt à 90, 95, 100, 115, 120, 130 Pfg.
Java-Einlage à 85, 90, 100 Pfg.
Domingo à 80, 85, 90, 100, 105 Pfg.
Carmen à 80, 85, 90, 100, 110 Pfg.
Seedleaf à 90 Pfg.
Brasil à 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120, 130 Pfg.
Brasil-Deckblatt à 150, 160 Pfg.
Mexiko-Deckblatt à 220, 300 Pfg.
Havana à 130, 140, 180, 200, 300, 450, 500 Pfg.
Yara à 120, 140 Pfg., Deckblatt 180 Pfg.
Gemischte Original-Tabake à 80 bis 85 Pfg., sehr beliebt.
Kentucky à 80, 85, 90 Pfg.

Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

En gros. **Rohtabak** En détail.  
**F. W. Helmecke, Magdeburg.**  
Grosse Auswahl! Billigste Preise!  
Preisliste gratis und franko.

**Abonnements-Einladung. Sozialistische Wochenschrift.**  
Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun.

**Die Neue Gesellschaft** ist ein volkstümliches sozialistisches Organ der Propaganda und Belehrung.

**Die Neue Gesellschaft** erörtert alle Fragen der Politik und der Volkswirtschaft vom sozialdemokratischen Standpunkt. Hervorragende sozialistische Schriftsteller des In- und Auslandes sind ihre Mitarbeiter.

**Die Neue Gesellschaft** behandelt regelmässig die Gewerkschaftsbewegung und die angesehensten Führer der Gewerkschaften unterstützen sie dabei ständig durch Mitarbeit.

**Die Neue Gesellschaft** verfolgt mit Aufmerksamkeit die Genossenschaftsbewegung.

**Die Neue Gesellschaft** will Wissenschaft und Kunst dem Verständnis des Volkes nahe bringen. Bedeutende Gelehrte, Schriftsteller und Künstler wirken an ihr mit.

**Die Neue Gesellschaft** ist keine Konkurrenz für ein bestehendes Parteiblatt, sondern eine Ergänzung zu allen.

**Die Neue Gesellschaft** kostet pro Nummer von 16 Seiten 10 Pfg., pro Monat 40 Pfg., pro Quartal 1.20 Mk.

**Die Neue Gesellschaft** ist durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs, Zeitungs- und Postanstalten und direkt vom Verlage der Neuen Gesellschaft, Berlin W. 15, zu beziehen.

**!Roh-Tabake!**  
und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei  
**L. Cohn & Co., Berlin N. 54**  
Brunnenstrasse 24  
Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilienbranche.  
Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.  
Jede Fassung stets am Lager.  
Soeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort.

**Roh-Tabak**  
Sumatra-Decken-Abfall  
à Pfd. Mk. 1.00  
außergewöhnlich billig.  
Kredit nach Uebereinkunft.  
Größtes Lager in Wickelformen.  
**W. Hermann Müller**  
Berlin O., Magazinstr. 14.

**Brinkmeier & Co. Bremen.**  
Aus unserem Lager offerieren wir folgende Tabake als ganz besonders preiswert:

<b>Sumatra.</b>	M
2. Vollblattlänge, hochf. edle teilm. blasse Farbe	5.—
2. Zarte helle hochedle 2. Vollblattl., riesig deff.	3.65
2. Vollblattlänge, mittelbr., hochf. Delt-Gew.	3.—
2. Vollblattl., hart mittelbr. b. hell	2.50
2. Vollblattlänge, edel u. breitblatt.	2.40
1. Vollblattlänge, braun	2.20
2. Vollblattlänge, mittelbr. bis hell	2.—
2. Vollblattlänge, braun	1.75
2. Vollblattlänge, mittel bis dunkel	1.50
3. Vollblattlänge, f. billige Decke, weißer Brand	1.20
2. Länge Stückblatt, helle hochedle Farben, riesig leicht u. blattig neueste Ernte	2.—
<b>Java.</b>	
Vorstenlanden-Decker Troetjoet, hochfeiner Qualitätstabak	2.65
Vorstenlanden-Decker, prima, prima, braun bis hell	1.60
Vorstenlanden-Decker, ausgesproch. helle edle Farb., schneew. Brd.	1.85
Leidites, folios. blatt Umbl., hellbr. Bezoeki-Umblatt, hochfein	1.25
Bezoeki-Umblatt-Einlage	1.10
Vorstenlanden-Einlage	—85
<b>Brasil.</b>	
Hochfeiner Felix-Decker PF, feinst. Cruz-Gew.	2.—
Hochfeiner Felix-Decker PF	1.70
Hochfeines Felix Cruz-Gewächs	1.25
Aufarbeiter-Umblatt-Einlage und Deckblatt, feinstes Cruz-Gew.	1.20
lang, riesig blatt., schneew. Brd.	
Aufarbeiter-Umblatt-Einlage und Deckblatt, feinstes Cruz-Gew., riesig blattig	1.15
Feine Qualitätseinlage, feinstes Cruz-Gewächs in los. Blättern	1.—
Feine Qualitätseinlage, feinstes Cruz-Gewächs, blattig gedockt	1.—
Feine gedockte Einlage	—90
<b>Seedleaf.</b>	
Feines Wisconsin Havana-Umbl.	1.—
<b>Carmen.</b>	
Hochfeines Umblatt, prima, prima	1.—
Hochfeines Umblatt, prima, prima	—95
Blattiges Umblatt, prima	—90
Umblatt-Einlage, sehr schön	—80
<b>Domingo.</b>	
Hochfeines Moffa-Gewächs FF	1.—
<b>Mexiko.</b>	
San Andres, feinstes Gewächs, hell bis grau	4.—
San Andres-Gewächs, dunkel	2.50
<b>Havana.</b>	
Feine Buella abajo Einlage	2.75
Leichte aromatische Einlage	1.60
Feine Decken, Buella abajo bis	10.—
<b>Jara-Cuba.</b>	
Hochfeiner Qualitätstabak	2.—
<b>Losgut.</b>	
Rein amerikanisch, frisch und kerngesund, mehr Umblatt wie Einlage	—80

Sämtliche Preise verstehen sich per Pfund verzollt.  
Verband unter Nachnahme.  
Alle Aufträge, auch die kleinsten, werden nach Eingang sofort sorgfältig erledigt. Wir führen nur gesunde, trockene und gut brennende Tabake.

**Kaufmann & Co. Rohtabakhandlung Bremen.**

**P. Andlauer Schlettstadt, Elsass.**  
Aus- u. inländische Zigarrentabake aller Art  
Spezialität: Elsässer.

**Patent. Zigarett.-Hülse-Mundstück-Maschine Multifaks**  
Unübertroffen in der Leistung.  
9000 Hülsen pro Stunde.  
**Dr. W. P. Klobukowski, Ing. Warschau, Jerozolimaska 71.**

**Gebrauchte Wickelformen**  
guterhalten, gebe ich sahweise für 20 bis 50 Pfg. pro Stück billigst ab  
**Paul Hänsel vorm. H. J. Gyesen Zigarrenfabrik Glückstadt.**

**Hienfong Essenz**  
extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Duzend Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, kostenfrei überalhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

Die Expedition des Tabakarbeiter in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, hält vorrätig:  
**Die russischen Kämpfe um Recht und Freiheit**  
von Professor M. von Reusner. Statt 2.20 Mk., nur 75 Pfg. (Porto 20 Pfg.).  
Das Werk ist 215 Seiten stark und hat farbigen Umschlag.

**Sumatra**  
hell, tabelloser Brand, größte Deckkraft, per Pfd. nur 3 Mk.; prima Losblatt per Pfd. 85 Pfg.; hochfeines St. Felix-Brasil nur 95 Pfg. per Pfd. empfiehlt  
**Carl Roland, Berlin SO. Kottbuser Strasse 3a.**

**Roh-Tabak**  
zur Zigarrenfabrikation offeriert zu billigsten Preisen  
**Hans Wittig, Bremen.**  
Verband unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

**Heinrich Franck**  
Berlin N., Brunnenstr. 185.  
Gegründet 1879.

**Vorstenlanden-Decke**  
1. Länge, schwarzgraue Mexiko-Farben, 1 1/2 Pfd. Deckkraft, schneeweißer Brand, nur 250 Pfg. verzollt.

**Sumatra-Decke**  
lichtbraun, 2. Länge, schneeweißer Brand, Qualität, nur 250 Pfg.

**Uckermark. IIa, Schnüren 60 Pfg.**  
**Direkter Einkauf! Eigene Bearbeitung!**  
Sämtliche Fabrik-Utensilien. In Kataloge gratis u. franko

**Roh-Tabak.**

Sumatra-Decke 135, 150, 160, 200, 210, 225, 250, 275, 300, 350, 375, 500, 550
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130
Helles leicht. Sandblatt mit viel. Deck. 150
Vorstenland-Decke 125, 150, 175, 225
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200
Carmen, Domingo 85, 95, 110
Cuba 100, 300. — Havanna 110, 125, 200, 300
Mexiko-Decke (San Andres) 400, 450
Pa. Losgut 85, Paraguay 85, 150
Inländische Tabake 70, 75, 80, 85

Preise ausgenommen m. 3% Cassa-Conto. Kredit nach Uebereinkunft.  
Wickelformen, neu, fahr. Fasson, nur 160

**Kaufmann & Co. Rohtabakhandlung Bremen.**

**P. Andlauer Schlettstadt, Elsass.**  
Aus- u. inländische Zigarrentabake aller Art  
Spezialität: Elsässer.

**Patent. Zigarett.-Hülse-Mundstück-Maschine Multifaks**  
Unübertroffen in der Leistung.  
9000 Hülsen pro Stunde.  
**Dr. W. P. Klobukowski, Ing. Warschau, Jerozolimaska 71.**

**Gebrauchte Wickelformen**  
guterhalten, gebe ich sahweise für 20 bis 50 Pfg. pro Stück billigst ab  
**Paul Hänsel vorm. H. J. Gyesen Zigarrenfabrik Glückstadt.**

**Hienfong Essenz**  
extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Duzend Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, kostenfrei überalhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

Die Expedition des Tabakarbeiter in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, hält vorrätig:  
**Die russischen Kämpfe um Recht und Freiheit**  
von Professor M. von Reusner. Statt 2.20 Mk., nur 75 Pfg. (Porto 20 Pfg.).  
Das Werk ist 215 Seiten stark und hat farbigen Umschlag.

**Rohtabak-Handlung**  
in- und ausländische en gros en detail  
Grösste Auswahl! Billigste Preise!  
**Jacob Hirsch jun.**  
Mannheim a. Rh., P 7, 1  
Agentur u. Kommissionsgeschäft.

Ersuche die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich die Wickelmachern **Luise Maria Boger aus Maulbronn** befindet, mir ihre Adresse zu geben zu lassen.  
**Simon Fischei, 1. Bev., Dietrich a. Rh., Rathausstraße 28.**

**Heinr. Höhner aus Spongo**  
wird ersucht, zu Ostern nach Gemellingen, Dietrichstraße 3, zu kommen.

**Ernst Walter**  
um Ihre Adresse ersucht  
**R. Wilk, Regim.**

Der Zigarrenarbeiter **Gerh. van Schewyck aus Goch** wird hierdurch aufgefordert, sofort seine Adresse wegen wichtiger Familien-Angelegenheiten zu senden an **Johann Fitten, Geldern.**

**Warnung.** Ich warne hiermit jeden, da dieselbe mit Kind mich böswillig verlassen hat und ich für nichts auskomme. Ihr Aufenthalt ist bis jetzt Deberan in Sachien. **Sally Epstein, Zigarrenarbeiter, Jastrou.**

**Mariechen Schwarz Magnus Peterson**  
Verlobte.  
Uetersen, im April 1906.  
Die besten Glückwünsche sendet  
Die Zahlstelle Uetersen.

Unserem Kollegen **Otto Rako** zu seinem am 1. April d. J. stattfindenden 28. Wiegenfest die herzl. Glückwünsche.  
**Die Kollegen der Zahlstelle Boffen.**

Unserem Kollegen **Phil. Lischer** nebst seiner Braut **Marie Fahrnbach** zu ihrem am 7. April stattfindenden Hochzeitsfeste ein dreifach bonnerndes Hoch.  
Die Mitglieder der Zahlstelle Lachen (Pfalz).

**Codes-Anzeigen.**  
Am 21. März starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Mitglied **Dorette Steigleder** im Alter von noch nicht 23 Jahren. Möge ihr die Erde leicht sein! Ein ehrendes Andenken bewahren ihr  
**Die Mitglieder der Zahlstelle Dierode a. G.**

Am 24. März starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Aug. Faber** aus Achim. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Zahlstelle Achim.**

Am 18. März starb nach langem Leiden unser Mitglied **Joh. Meyer** in Ritterhude im 50. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Zahlst. Burgdammer**

Der diesmaligen Auflage unserer Zeitschrift liegt ein Prospekt der Firma **Nichelsen & Löbl, Hamburg**, bei, auf den wir hiermit besonders aufmerksam machen.

**Briefkasten.**  
Berichts-Inserate müssen getrennt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einbindung der Beiträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.  
**E. J., Dietrich 60 Pfg. — R. W., Regim 40 Pfg. — J. M., Geldern 50 Pfg. — E. G., Jastrou 70 Pfg. — Koll., Boffen 40 Pfg. — J. Schwab, Lachen 70 Pfg.**

## Die Zigarrenindustrie in Bayern.

Die bayerischen Fabrikinspektoren haben soeben als die ersten von ihren deutschen Kollegen ihre Amtsberichte für das Jahr 1905 veröffentlicht, in denen sich auch manche beachtenswerte Angaben über die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie vorfinden. Die Statistik der dem Arbeiterschutz und der Fabrikinspektion unterstellten Betriebe und Arbeiter gewährt folgende Uebersicht:

	1905	1904
Betriebe	174	168
Arbeiter	6658	6482
Erwachsene männliche Arbeiter	1518	1495
weibliche	4026	4107
Jugendliche Arbeiter	945	770
Kinder	169	110

Danach ist die Zahl der Betriebe um 6 und die der Arbeiter um 176 gestiegen, wovon nur 23 auf die erwachsenen männlichen Arbeiter entfallen, während die Jugendlichen eine Zunahme um 175, die Kinder um 59, zusammen um 234 erfuhren, worin auch der Ausgleich für die 81 erwachsenen Arbeiterinnen, um die sich ihre Zahl verminderte, enthalten ist. Es ist also eine Vermehrung der billigsten Arbeitskräfte, eine Verschiebung der Arbeitsverhältnisse zuungunsten der Arbeiter, eingetreten.

Revidiert wurden 123 Betriebe mit 5516 Arbeitern gegen 128 mit 5929 in 1904. Das Verhältnis der revidierten Betriebe und der Zahl der Arbeiter zu der Gesamtzahl der Betriebe und der Arbeiter ist demnach gerade kein ungünstiges, aber im allgemeinen muß gefordert werden, daß jeder Betrieb in jedem Jahre mindestens einmal revidiert werde. Darüber äußert jedoch ein bayerischer Aufsichtsbeamter, Herr Hertel in Bayreuth, etwas seltsame Ansichten. Er erwähnt seine guten Beziehungen zu den Unternehmern und Arbeitern und bemerkt, daß nur ganz vereinzelt die Fälle sind, in denen einsichtslose Unternehmer die Sache nicht von der Person trennen und den Aufsichtsbeamten die Ausübung ihrer Pflicht durch Mangel an Entgegenkommen oder durch offene Unfreundlichkeit erschweren. „Im übrigen erscheinen derartige Vorkommnisse in milderer Auffassung, wenn man bedenkt, daß bei den sich mitunter häufenden amtlichen Besuchen von männlichen und weiblichen staatlichen Aufsichtsbeamten, technischen Aufsichtsbeamten der Berufsvereinigungen, von Polizei, Kesselsrevision, Nahrungsmittel- und Feuerpolizei u. a. die gelegentlich vernehmbaren Klagen von Arbeitgebern über die Vielgestaltigkeit der gewerblichen Beaufsichtigung der Betriebe in der Tat einer Berechtigung nicht entbehren und im Zusammenhange mit anderen Anforderungen mitunter Versäumnisse wohl begreiflich finden lassen.“ Das ist eine etwas merkwürdige Sozialpolitik. Der Herr Hertel übersehen dabei vollständig, daß alle die von ihm genannten Kontrollen auch im Interesse des Unternehmers selbst und nicht nur des Arbeiters liegen und daß ferner jeder Bürger, das heißt jeder Einwohner jahraus jahrein verschiedene amtliche Kontrollen und Revisionen sich gefallen lassen muß. Seine Äußerungen werden sich aber die Unternehmer nicht entgehen lassen und für ihre Zwecke fruchtbar machen.

Aus den Bemerkungen in den einzelnen Berichten über die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie sei folgendes erwähnt. Der pfälzische Aufsichtsbeamte berichtet: „In einer Zigarrenindustrie wurden weibliche Jugendliche neben Erwachsenen mit Reinigungsarbeiten an den Sonnabenden nach 5½ Uhr beschäftigt. In diesem Falle wurde Bestrafung angeregt, die dann auch erfolgte.“ Eine pfälzische Zigarrenfabrik erhielt zweimal je 2 und einmal 1 Stunde für je 12 Arbeiterinnen an 9, 10 und 10 Tagen (Erledigung dringender unvorhergesehener Aufträge) und eine andre Zigarrenfabrik zweimal je 2 Stunden für jeweils 40 Arbeiterinnen an 5 und 3 Tagen (aus denselben Gründen) von der Behörde Ueberzeitarbeit bewilligt. Die Gesamtzahl dieser Ueberstunden betrug 575. Für 23 Arbeiter und Arbeiterinnen war an 5 Sonn- und 4 Festtagen Ueberzeitarbeit bewilligt worden. Die Sonntagsarbeit erscheint uns in der Zigarrenindustrie absolut ungerechtfertigt und sie sollte daher von keiner Behörde bewilligt,

andererseits von der Arbeiterschaft durch passiven Widerstand einfach verweigert werden. Die Arbeiterschaft muß die sechs Wochentage in der Fabrik und Werkstatt mit Arbeit zubringen, da sollte ihr der Sonntag freigelassen und nicht durch weitere Arbeit gezwungen werden. Auch die Ueberstundenarbeit ist selten berechtigt, auf jeden Fall macht sie die von der Arbeiterschaft errungene Arbeitszeitverkürzung illusorisch.

Von Arbeitszeitverkürzung wird aus der Oberpfalz berichtet, indem in einer Tabakfabrik die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden herabgesetzt wurde.

In zwei pfälzischen Zigarrenfabriken sind wieder schwere sittliche Uebergriffe durch den Arbeitgeber bezw. Meister vorgekommen. Ersterer wurde deswegen bestraft, wie der Bericht ausdrücklich erwähnt; zugleich wird bedauert, daß der Aufsichtsbeamte nicht auch noch seinerseits einschreiten konnte, weil ihm dazu die Bestimmungen der Gewerbeordnung keine Handhabe boten. Im übrigen wurden in der gesamten bayerischen Zigarrenindustrie in 18 Betrieben Gesetzesübertretungen ermittelt und deswegen nur 1 Person bestraft. Das ist sehr nachsichtig. Dabei läßt sich annehmen, daß die Zahl der nicht ermittelten Gesetzesübertretungen noch erheblich größer ist.

Besonders erwähnenswert ist aus dem oberpfälzischen Berichte die Mitteilung, daß die Tabakfabrik Gebr. Bernard in Regensburg ihren Arbeitern nach mehrjähriger Dienstzeit einen einwöchigen Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Diese Einrichtung sollte allmählich ganz allgemein für die sämtliche Arbeiterschaft eingeführt werden.

In der Streikstatistik werden die 2 Zigarettenarbeiterstreiks in München angeführt, von denen der eine mit 8 Beteiligten nach sechstägiger Dauer für die Arbeiter erfolgreich verlief. Die Lohnverluste der Arbeiter in den beiden Streiks — an dem andern waren 69 Arbeiter beteiligt und seine Dauer betrug 28 Tage — werden auf 5270 Mk. berechnet. Wieso der Aufsichtsbeamte dazu gekommen ist, wird nicht mitgeteilt. Ist sie richtig, so betrug mindestens so viel auch der Verlust der Unternehmer.

Im allgemeinen wird berichtet, daß die Geschäftslage eine gute war und die gesamte Arbeiterzahl von 590 696 in 1904 auf 623 235 in 1905 gestiegen ist. Die Arbeiterorganisationen machten auf der ganzen Linie Fortschritte und im pfälzischen Bezirke waren es fast ausschließlich die freien Gewerkschaften, welche mit dem Aufsichtsbeamten in Verkehr standen. Die christlichen Gewerkschaften haben natürlich mit der Befähigung der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie sowie mit der Züchtung von Streikbrechern wichtigere Aufgaben zu erfüllen.

Durch Lohn- und Streikbewegungen wurden in vielen Fällen Arbeitszeitverkürzungen und Lohn-erhöhungen errungen, zum Teil machten auch die Unternehmer selbst mehr oder weniger freiwillig in beiden Beziehungen den Arbeitern Zugeständnisse. Die Fabrikinspektoren konstatieren, daß die eingetretenen Lohn-erhöhungen zum großen Teil durch die Verteuerung der Lebensmittel, der Wohnungen, der Brennstoffe, der Schuhe usw. wieder aufgewogen wurden; wo Lohn-erhöhungen nicht eintraten, führte die Verteuerung zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung. Die herrschende Teuerung, insbesondere die ungeheuerliche Steigerung der Fleischpreise, führte zu einem Rückgang des Konsums an Pferdefleisch. In München, Augsburg und im ganzen Bezirk, Nürnberg, Bamberg, Bayreuth und Hof sind die Pferdeschlachtungen erheblich gestiegen. In Nürnberg wurden mit 226 089 Schweinen um 17 723 weniger geschlachtet als 1904, mit 919 Pferden dagegen um 187 mehr. Und nun sind erst die neuen Macherzölle in Kraft getreten! Wie wird es da noch werden für die Arbeiter? Auf jeden Fall ist heute die Gewerkschaft, die Arbeiterbewegung überhaupt, für die Arbeiter notwendiger denn je.

## Heimarbeiterchutz.

Seitens der bürgerlichen Parteien sind nun auch Anträge beim Reichstag eingereicht, die auf Aenderung der Gesetzgebung zum Schutz der Heimarbeiter abzielen. Der Landensammler, arbeitserfindliche ist der von der freisinnigen Partei eingereichte. Dieser Antrag wagt es, ganz im Sinne des Müller-Saganischen, freisinnigen Organs, trotz der seit Jahren auch für den behäbigsten Manchestermann sinnfällig gemachten Lage der Heimarbeiter zunächst eine Enquete anzuregen und will erst dann einen Gesetzentwurf zur Beseitigung der Mißstände vorgelegt haben. Dieser Antrag der freisinnigen Volkspartei lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, sofort eine Enquete über die Lage der Heimarbeiter, insbesondere betreffs der Arbeitszeiten, der Arbeitslöhne sowie ihrer sanitären und sozialen Verhältnisse zu veranstalten und sodann auf Grund der Ergebnisse dieser Enquete möglichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Beseitigung vorhandener Mißstände vorzulegen.“

Der zweite Antrag der bürgerlichen Parteien ist von Vertretern des Zentrums, der Nationalliberalen, der Freikonservativen, der Konservativen, der freisinnigen Vereinigung, der Reformpartei, der Polen und der wirtschaftlichen Vereinigung eingereicht.

Als Antragsteller dieser vereinigten bürgerlichen Funktionen die Abgeordneten: Dr. Fize, Freiherr Seyl zu Herrnsheim, Graf v. Arnim, Wassermann, Dr. Burdhardt, Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath, Delfor, Dietrich, Camp, Giesberts, Gröber, Henning, Dr. Freiherr v. Hertling, Malkewitz, v. Derken, Graf v. Oriola, Dr. Badmide, Rauli (Oberbarnim), Dr. Porzig, Fürst Radziwill, Freiherr v. Richtigofen-Damsdorf, Schack, D. Stöcker, Stöckel, Trimborn, Dr. Vonderheer, Dr. Wolff.

Der Antrag ist nach dem Rezept fabriziert: „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß“. Seine Inhaltlosigkeit steht in umgekehrtem Verhältnis zu seiner Länge. Er lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. möglichst bald dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie (Heimarbeit) vorzulegen, und zwar unter tunlichster Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: daß

1. auf Anordnung des Bundesrats, oder soweit dieser von seiner Vollmacht keinen Gebrauch macht, der Landeszentralbehörden oder der zuständigen Polizeibehörden, die Gewerbetreibenden (einschließlich Zwischenmeister, Faktoren usw.), welche außerhalb ihrer Arbeitsstätten Personen mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigen, verpflichtet sind, ein Verzeichnis dieser Personen (Name, Geschlecht, Wohnort, Wohnung, Arbeitsstätte; falls es jugendliche Personen unter 16 Jahren sind, Angabe des Lebensalters) zu führen und regelmäßig der Ortspolizeibehörde oder einer von dieser bezeichneten Meldestelle mitzuteilen;

2. joweit Lohnbücher für die Heimarbeit eingeführt werden (G.-D. § 114 a), entsprechend den Rubriken der Lohnbücher über die gegebenen Arbeitsaufträge Buch geführt und dieses den Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorgelegt wird;

3. die Gewerbeaufsicht (G.-D. § 139 b) auf die in der Heimarbeit beschäftigten Personen ausgedehnt und möglichst durch besondere Beamte, auch weibliche, ausgeübt wird;

4. auf Antrag der Gewerbeaufsichtsbeamten die Polizeibehörden befugt sind, zum Schutz der Gesundheit der Beschäftigten oder der Konsumenten oder der Sittlichkeit im Wege der Verfügung für einzelne Arbeitsstätten Vorschriften zu erlassen oder die Beschäftigung von besonderen Bedingungen abhängig zu machen oder auf Zeit zu untersagen;

5. der Bundesrat, oder falls dieser von seiner Berechtigung keinen Gebrauch macht, die Landeszentralbehörden oder die zuständigen Polizeibehörden befugt sind, im Wege der Verordnung solche Vorschriften (Ziffer 4), sei es allgemein, sei es für bestimmte Gewerbezweige oder Bezirke zu treffen;

## Das kommende Geschlecht.

Man mag vielleicht darüber streiten, ob die Anstellung von Schulärzten bisher ihren Zweck voll erfüllt hat — so viel steht unbestreitbar fest, daß erst durch die Tätigkeit der Schulärzte in größerem Umfange Klarheit geschaffen worden ist über die gesundheitliche Beschaffenheit unserer Schuljugend. Die schulärztlichen Berichte haben durchgängig konstatiert, daß es um die Gesundheit der Jugend über alle Begriffe schlecht bestellt ist, daß das kommende Geschlecht an Lebensfähigkeit und Lebenskraft außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihrer durch Lohnklaberei, Ausbeutung und Hungerpolitik bewirkten sozialen Verelendung, die die Armut, die Dreffhaftigkeit und die Degeneration zur Massenerscheinung gemacht hat, schlägt auch den Nachwuchs der Enterbten, die Jugend des Proletariats, mit der furchtbaren Geißel des gesundheitlichen Ruins. Aus der überreichen Menge des von Schulärzten zusammengetragenen Materials seien einige Angaben zur Beleuchtung des körperlichen Elends unserer Schuljugend hier angeführt.

In Dresden erwiesen sich von 5095 untersuchten Kindern 50,5 Prozent als krank, darunter waren 19,3 Prozent Blutarmer und Schwächliche, 16 Prozent waren mit Mund- und Nasenkrankheiten, 9 Prozent mit Drüsenanschwellungen behaftet, 12,4 Prozent litten an Krankheiten des Knochenstems, besonders Rachitis, 6,3 Prozent wiesen Sprachstörungen auf und 3,8 waren geistig schwach.

In Stuttgart stellte der Stadtarzt, Dr. Götter, fest, daß von 10 100 Kindern nur 15,7 Prozent als normal zu bezeichnen waren. Selbst wenn man die mit Rachitis oder Ungezieser behafteten Kinder als gesund gelten ließ, blieben noch immer 67,4 Prozent, die an irgendeiner Krankheit litten. Bei 44,2 Prozent wurde Rachitis, bei 18,9 Prozent mangelhafter Ernährungszustand festgestellt. Die Zahl der mit Ungezieser behafteten Kinder stieg von 18,9 Prozent in manchen Schulen bis zu 33,5 Prozent. In den fünf oberen Klassen u.

Kindern erwerbstätig, außerdem wurden noch etwa 4000 Kinder im Haushalt der Eltern beschäftigt. In diesen Zuständen dürfte die Hauptursache der meisten Krankheiten und Gebrechen zu suchen sein.

In Wiesbaden, dem Eldorado der Hochfinanz und der Aristokratie, waren von 883 Schulneulingen nicht weniger als 583 mehr oder minder krank, in einem andern Jahre von 983 sogar 748, das sind 76 Prozent, während in den Mittelschulen „nur“ 42,3 Prozent als krank zu verzeichnen waren. Als körperlich mangelhaft entwickelt wurden bei den Mittelschülern 2,4 Prozent, bei den Volksschülern 5,6 Prozent der Kinder befunden.

In Offenbach war von 2110 untersuchten Kindern bei 37 Prozent der Ernährungszustand nicht befriedigend, sie zeichneten sich durch allgemeine körperliche Schwäche, Magerteit, schlaffe Muskulatur, blasser Gesichtsfarbe und schmalen Wuchs unvortheilhaft vor den übrigen aus. 7,7 Prozent waren mund- oder nasentranke, 3,1 Prozent augenleidend, 4,2 Prozent geistig schwach.

Auf dem ersten Tuberkulosekongreß in Berlin erklärte Dr. Ritter-Vorlin, er habe durch eingehende Studien festgestellt, daß in Berlin 90 Prozent aller Kinder strophulös seien. Gleichzeitig bestätigte er die Mitteilung, die Dr. Petrusch-Danzig unter großer Bewegung der Versammlung gemacht hatte, nämlich, daß nach seinen Untersuchungsresultaten 85 Prozent aller Kinder als mit den Keimen tuberkulöser Erkrankungen behaftet angesehen werden müßten. Auch von andern Ärzten sind diese furchtbaren Konstatierungen ganz oder teilweise bestätigt worden. In Radebeul bei Dresden waren von 200 schulärztlich untersuchten Kindern 185 mit Strophulose, 160 mit Zahnfäule, 21 mit Kurzsichtigkeit, 18 mit Nasenpolypen, 12 mit Mandelentzündungen, 12 mit Schwerhörigkeit usw. behaftet; in Schöneberg bei Berlin konnte von 1555 Kindern kaum ein einziges als völlig gesund bezeichnet werden; in Rathenow stellte der Schularzt bei 57 von 136 Kindern tuberkulöse Erkrankungen fest; in Arnstadt waren 40 Prozent der Schülerinnen krank, was selbst den Arzt überraschte. Augentranke oder kurzsichtig waren 110,

ohrenleidend 65, nasentranke 22, herzleidend 27, mit Krankheiten der Luftwege behaftet 31, magen- und darmentranke 14, nervenleidend 44, knochen- und gelenktrank 19, bleichsüchtig, strophulös und rhachitisch 80, mit Sprachfehlern behaftet 17, allgemein körperlich schwach 8, an Krankheiten der Lymphgefäße leidend 14. Und diese Kranken, schwachen, fiedern Mädchen sollen das zukünftige Geschlecht zur Welt bringen.

In Berlin konnten von den Schulärzten bisher nur etwa 44 Prozent der untersuchten Kinder als gesund bezeichnet werden. Alljährlich macht sich die Zurückweisung von 10 bis 12 Prozent der Schulneulinge wegen zu schwächlicher Körperkonstitution nötig.

In der Provinz Sachsen gibt es nach einer Statistik des Samariterhauses in Erfurt bei Magdeburg unter 2,8 Millionen Einwohnern 1512 verkrüppelte Kinder unter 14 Jahren. In der Rheinprovinz sprachen nach Angaben des Pfarrers Hohl vom Kreuzmacher Diakonissenhaus mehr als 49 000 Krüppel ihr elendes Dasein; 5865 von ihnen haben keinen Schulunterricht genossen. Daß sich das Heer der Krüppel in der Hauptstadt aus dem Proletariat rekrutiert, lehrt die Tatsache, daß sich unter den erwähnten 1512 Krüppelkindern nur 88 aus bemittelten Familien befanden. Ursache der körperlichen Verunstaltung war in den meisten Fällen Krankheit und mangelhafte Pflege.

Ohrenleidend erwiesen sich in München von 2000 Kindern 20 Prozent, in Gr.-Wartenberg von 700 Kindern über 100, in Klauen i. B. 27 Prozent aller Hülfschulbesucher, in Berlin 85 Prozent, im Kreise Magdeburg 2142 von 7587.

In Mecklenburg waren von 251 taubstummen Kindern nur 145 (57,5 Prozent) einem Arzt vorgestellt worden, obwohl bei zwei Dritteln die Möglichkeit einer Heilung oder Milderung des Leidens bestand.

In Straßburg i. E. wurde festgestellt, daß von 10 661 untersuchten Kindern nur 165 ein gutes Gebiß hatten. 252 662 Zähne hätten vorhanden sein müssen, aber nur 67,3 Prozent waren vorhanden, und davon waren nur 48 Prozent gesund. Die Zahnpflege liegt, wie umfangreiche Statistiken beweisen,

6. den jugendlichen Personen und Arbeiterinnen, soweit ihnen nicht durch das Kinderbeschutzgesetz von 1903 oder durch die Gewerbeordnung (§§ 135 bis 139 a, 154) ein weitergehender Schutz gesichert ist, die Sonntags- und Nacharbeit (von abends 10 bis morgens 6 Uhr) verboten ist;

7. dem Bundesrat das Recht gegeben wird, für solche Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit gefährdet wird, Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit auch für die Erwachsenen vorzuschreiben, sowie solche Arbeiten, welche mit besonderen Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit verbunden sind, gänzlich zu untersagen oder von besonderen Bedingungen abhängig zu machen;

8. den Arbeitgebern es untersagt ist, die für Fabriken und Werkstätten festgesetzte Arbeitszeit (G.-D. §§ 135 bis 139 a, 154) dadurch zu umgehen, daß den Arbeitern Arbeit nach Hause mitgegeben wird;

9. für solche Bezirke, in denen die Hausindustrie stärker vertreten ist, Schutzkomitees als Hilfsorgane der Gewerbeaufsicht gebildet werden;

10. die Gewerbegerichte allgemein und auch dann für zuständig erklärt werden, wenn die Hausgewerbetreibenden die Rohstoffe selbst liefern (Gewerbegerichts-gesetz § 5);

11. für den Fall der Errichtung von Arbeitskammern getrennte Abteilungen für die Hausindustrie (Heimarbeit), insbesondere auch zur Förderung von Tarifverträgen gebildet werden;

12. die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung tunlichst ausgedehnt wird.

II. auf Grund des § 154 Abs. 3 und 4 der Gewerbeordnung die Arbeiterschutzbestimmungen (G.-D. §§ 135 a bis 139 b) tunlichst auf alle Werkstätten der Hausindustrie auszudehnen.

Ein solcher Gesetzesentwurf kann nur als eine außerordentlich geringfügige Abschlagszahlung auf die Forderungen erachtet werden, die in dem von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten Gesetzesentwurf aufgestellt und durchaus durchführbar sind. Aber immerhin wäre es eine Abschlagszahlung, wenn die Resolution, von ihren vielen „tunlichst“ und „wenns“ befreit, Gesetz würde. Da aber die verbündeten Regierungen Reichstagsresolutionen, dank der Nachgiebigkeit der Parteien auf allen nichtagrarischen Gebieten, lediglich in den Papierkorb zu versenken pflegen, so ist die Einbringung dieser Resolution leider nur als eitel Schaumschlägerei zu betrachten. —

## Nikotinfreies Ausbentertum.

Die Bremer Bürgerzeitung schreibt:

Die hiesige Firma Wendt liefert für die Raucherwelt einen Spezialartikel, indem sie nikotinfreie Zigarren in den Handel bringt. Sie will die Raucher angeblich vor der Nikotinvergiftung schützen, was sich ganz nett anließe, wenn es zu erreichen wäre. Zur Herstellung dieser Ware müssen die Arbeiter allerhand Manipulationen vornehmen, die wohl der Firma zum außerordentlichen Vorteil reichen, dem Arbeiter aber nichts einbringen. Da der Tabak strangweise verarbeitet wird und das Umblatt in zwei verschiedenen Sorten zur Verarbeitung kommt, so hat der Arbeiter fünf Handgriffe nötig, um einen Widel herzustellen. Seit ein paar Jahren müssen sie die Köpfe der Widel in ein sogenanntes Desinfektionswasser tauchen, angeblich, um etwaige schädliche Substanzen, welche dem Tabak anhaften, zu vernichten. Dieses Mehr an Arbeit, die eine peinliche Sorgfalt erheischt, haben die Arbeiter in den Kauf genommen zu einer Zeit, wo die Geschäftslage nach ihrer Meinung eine ungünstige war. Vor etwa 14 Tagen hat die Firma den Arbeitern einen Auftrag erteilt, nach welchem das vorerwähnte Verfahren noch verbolllständig werden soll. Wenn vorher nur die Köpfe der Widel desinfiziert wurden, so sollen jetzt mindestens 1/4 der Widel der Länge nach aufgeschnitten werden, um das Eindringen des Nikotin verzeihenden Wassers in das Innere der Widel zu ermöglichen. Für diese Arbeit erwächst den Arbeitern bei der Herstellung von 2 Mille Zigarren in der Woche ein Mehraufwand an Arbeitskraft von 8—10 Stunden, als beim gleichen Quantum vorher. Dies bedeutet für den Arbeiter, da weiter keine Entschädigung gegeben wird noch in Aussicht gestellt worden ist, eine außerordentliche Lohneinbuße. Das konnte man sich nicht gefallen lassen und so kamen die Arbeiter daher zum eine Lohnerhöhung bei der Firma ein. Sie forderten pro Mille 2 Mk. mehr. Eine Forderung, von der wir sagen müssen, daß sie sehr minimal gehalten war. Denn an dem eventuellen Mehrlohn von 4 Mk. auf 2 Mille arbeiten Mann und Frau und, da die Arbeit im Hause hergestellt wird, womöglich auch noch Kinder, was Kenner der Industrie ohne weiteres wissen. Diese bescheidene Forderung wurde

allgemein sehr im argen; dabei bilden kariöse Zähne im Kindesalter eine Haupteintrittspforte für den Tuberkelbazillus. Es entstehen hierbei die sogenannten Kariespharyngitiden, die bei 90 Prozent der Berliner und bei 85 Prozent der Danziger Gemeindeforschüler vorgefunden worden sind.

Wie diese Angaben, mit denen keineswegs das zu Gebote stehende Material erschöpft ist, beweisen, daß der Gesundheitszustand unserer Jugend ein grauenhaftes, erschreckendes Bild darbietet. Es gibt keine Sühne, die groß genug wäre, um die Sünden und Frevel wieder gut zu machen, die unsre herrschende Gesellschaft nicht nur dem gegenwärtigen, nein, auch dem kommenden Geschlecht gegenüber verübt hat und noch tagtäglich verübt.

Zur Linderung des furchtbaren Zustands könnte unsre Schulerziehung mancherlei beitragen, wenn sie den Forderungen der Hygiene und den Ergebnissen der experimentellen Forschung entsprechend gestaltet wäre. Aber dies ist leider nicht der Fall. Sie weist eine unendliche Menge von Mängeln und Verfehlungen auf, die schwere Schädigungen der Gesundheit unserer Kinder zur Folge haben. Anstatt den Leib zu erziehen, den Körper zu stärken, das Kind zur Kraft, Gesundheit, Gewandtheit und Schönheit zu führen, macht die Schule durch ihre unvernünftige Lehrmethode und ihre überlebte Organisation des Unterrichtsbetriebes die Kinder noch kränker als sie ohnehin schon sind. Tatsachen beweisen.

Dr. Zappert in Wien untersuchte während dreier Jahrgänge 1899 Knaben und 1041 Mädchen und machte dabei die Erfahrung, daß in den ersten beiden Schuljahren die Erkrankungen der Atmungsorgane eine große Höhe erreichen, in den nächsten beiden etwas abnehmen, in den darauf folgenden beiden am niedrigsten sind, um dann in den letzten zwei Jahren wieder aufzusteigen. Mädchen erkranken häufiger als Knaben. Zappert hielt als die wesentlichsten Ursachen dafür, daß die jüngeren Schulkinder vor allem erkranken, den Schulbeginn in früher Morgenstunden, den Zwang, bei jeder Witterung auf die Straße zu gehen, den starken Temperaturwechsel zwischen Schulstube

und Aufenthalt im Freien und den Staub in den Klassenzimmern an. Der Anstieg von Lungenerkrankungen in den letzten beiden Schuljahren ist besonders ernst zu nehmen, da einem nicht geringen Teil der Erkrankten die Lungentuberkulose droht.

Der schwedische Physiologe Axel Key untersuchte 11 000 Schüler auf sogen. Schulkrankheiten: Nervosität, Kopfschmerz, Mischschmerz, und dabei ergab sich: Vom Schlusse des ersten bis zum Schlusse des zweiten Schuljahres verdoppelt sich die Zahl der schulkranken Kinder. Das erste Schuljahr weist 17,6 Proz., das oberste bis 50 Prozent schulkranker Kinder auf. In Dänemark wurden ähnliche Resultate gefunden.

In Halle a. S. fand der Schularzt Dr. Schmid-Monard bei der Untersuchung von 8000 Kindern, daß die Schulkrankheiten 30 Prozent Knaben und 40 Prozent Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren, aber 60—70 Prozent der Schüler im Alter von 16—17 Jahren ergriffen hatten. In den ersten drei Monaten des Schulunterrichts nahm das Gewicht der Volksschülerinnen um 1 1/2 Pfund ab, und im 7. Lebensjahre, also im ersten Schuljahre, nahm das Gewicht der Kinder, die eine Schule besuchten, um 1 Kilogramm weniger zu als das der gleichaltrigen Kinder, die nicht Schüler waren, und das Längenmaß jener blieb um 2,1 Zentimeter hinter dem der Nichtschüler zurück.

In Dresden stellte der Lehrer Graupner fest, daß die einmal Sitzengebliebenen um ein, die zweimal Sitzengebliebenen um zwei Jahreswachstums zurückgeblieben waren, wie dann auch die Entwicklungsunterschiede zwischen Kindern aus ärmeren und aus wohlhabenden Familien ein bis zwei Jahreswachstums betrug.

Professor Axel Hertel konstatierte bei Sechsjährigen nach dem Eintritt in die Schule ganz erhebliche Beeinträchtigungen der Atmung, des Blutkreislaufs und des Stoffwechsels. Nach Axel Key steigern sich Nervosität und Kopfschmerz vom ersten bis zum zweiten Schuljahr um das Siebenfache, was auf eine unternatürliche geistige Betätigung hinweist.

Die Rückgratverkrümmung, eine Folge des langen Sitzens

## Gewerkschaftliches.

**Hannover.** Die Kollegen und Kolleginnen in der Zigarettenfabrik Constantin haben am Montag, 26. März, die Arbeit niedergelegt. Die vom Arbeiterausschuß angebahnten Unterhandlungen zwecks Einstellung der gemäßigten Vertrauensleute wurden vom Fabrikanten abgelehnt. Herr Constantin hat es auf die Bejähigung der Organisation in seinem Betriebe abgesehen. Der Kampf handelt sich also um die Anerkennung des Koalitionsrechts. Zuzug von Zigarettenarbeitern ist fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Grenzen.** Die Differenzen am Orte sind zugunsten der Kollegen erledigt.

**Weisel.** Der Zuzug ist streng fernzuhalten, da hier Maßregelungen stattgefunden haben. Zugereiste Kollegen mögen sich zuerst an den 1. Bevollmächtigten Wilh. Kufoll, Hafenstraße 1341, wenden.

**Schweden.** Der Kampf in der Tabak- und Zigarettenindustrie in Rinkaby dauert fort. Es kämpfen dort die Arbeiter um ihr Verbandsrecht. Die Fabrik in Rinkaby ist gesperrt. Außerdem herrscht in Schweden große Arbeitslosigkeit. Der Zuzug nach dort ist fernzuhalten.

**Achtung, Zigarettenarbeiter!** Wie gemeldet wird, hat die Türkische Zigaretten-Co. (S. Ferris), 58, Marlborough Str. London W., ihre organisierten Arbeiter ausgesperrt. Deutsche Tabakarbeiter, denen Arbeitsangebote, sei es vom Inland, sei es vom Ausland, gemacht werden, haben also alle Veranlassung, sich in allen Fällen erst darüber zu informieren, ob man sie nicht etwa als Streikbrecher mißbrauchen will.

**Der Vorstand des deutschen Textilarbeiterverbandes** hat eine Abstimmung unter seinen Mitgliedern über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Jetzt wird das Resultat derselben bekannt. An der Abstimmung haben sich nur 40 000 Mitglieder, das ist ungefähr die Hälfte, beteiligt und von den Abstimmenden haben sich gegen die Einführung dieses Unterstützungs-zweiges 30 000, dafür nur 10 000 erklärt. Es wird deshalb der in Mühlhausen i. Th. in den Ostertagen stattfindende Verbandstag zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht kommen. Zu dem Gegenstande liegen 17

Anträge vor; die Mehrzahl ist gegen die Arbeitslosenunterstützung gerichtet.

**Schwere Angriffe gegen die christlichen Gewerbevereine** erhebt unser Dortmunder Parteiorgan, die Arbeiter-Zeitung. Wir haben kürzlich berichtet, daß die von allen Bergarbeiterorganisationen gebildete Siebenerkommission eine Eingabe um Lohnerhöhung an die Zechenbesitzer machte. Die Eingabe wurde brüsk abgelehnt. „Nun höre man“, schreibt die Arbeiter-Zeitung, „was inzwischen geschehen ist. Zur selben Zeit, als die Siebenerkommission ihre Eingabe an den Bergbaulichen Verein richtete, wurde von anderer Seite schmutzigster Verrat geübt. In die Ausschußmitglieder des christlichen Gewerbevereins wurde ein Zirkular verfaßt, welches Lohnforderungen enthielt und an die Zechenverwaltungen überreicht werden sollte. Das Dokument trug als Unterschrift den Namen „Köster“. Ist das etwa der Vorsitzende des christlichen Gewerbevereins? Diese Eingabe hinter dem Rücken der Siebenerkommission wäre schon Verrat genug — mehr als genug. Aber es kommt noch besser! In dem Dokument heißt es auch, daß man den Verband und die Siebenerkommission in Zukunft nicht mehr akzeptiere. Wir bringen Zeugen zur Stelle, daß solche Zirkulare verfaßt und an die Zechenverwaltungen überreicht worden sind. Wir wissen auch, daß die Eingabe von den Zechenverwaltungen ebenso beiseite geschoben worden ist, wie es mit der Eingabe der Siebenerkommission vom Bergbaulichen Verein geschehen ist. Der Verrat hat also nichts gefruchtet! Nun kommt die Frage: von woher sind die Zirkulare verfaßt worden? Der Name Köster deutet ohne weiteres auf den christlichen Gewerbeverein, ebenso die Tatsache, daß die Zirkulare an die Ausschußmitglieder des christlichen Gewerbevereins verfaßt worden sind. Sind nun die Zirkulare wirklich von der Gewerbevereinsleitung verfaßt worden?“

Die christliche Gewerkschaftspresse hat auf diese Beschuldigung keine Antwort. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat schon manche meuchlings abgewürgte Lohnbewegung auf dem Gewissen. —

**Christliche und Hirsch-Dundersche Studienreisen.** Auf Anregung der christlichen Arbeiterverbände tritt zu Ostern eine Deputation deutscher Arbeiter eine auf 4 bis 5 Wochen berechnete Studienreise durch die industriereichen Gegenden Südrusslands an. Neben den Vertretern der christlichen Verbände nehmen auch Vertreter der Hirsch-Dunderschen Vereine, der Gesellschaft für soziale Reform und der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland daran teil. Die Führung werden Direktor Brauns, M. Gladbach und Schiffer, Düsseldorf, der Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbands, übernehmen. Die Kosten tragen die beteiligten Verbände.

Es wäre sehr zu wünschen, daß diese christlichen und Hirsch-Dunderschen Delegierten bei ihrem Besuch in Rußland sich an dem heldenmütigen Kampfe der russischen Arbeiter ein Beispiel nehmen und in Zukunft mit weniger Eifer die Organisation von Streikbrechertruppen pflegen würden.

**Der schweizerische Gewerkschaftslongrenk,** der zu Ostern in Basel stattfindet, hat auf seiner Tagesordnung u. a. auch Besprechung der Schaffung eines schweizerischen Bauarbeiterschutzes. — Nach seiner soeben veröffentlichten Abrechnung hatte der schweizerische Gewerkschaftsbund Ende 1905 ein Aktivvermögen von 12 303 Frank, die Streikkasse ein solches von 1821 Frank, die Arbeiterstimme, das Organ des Bundes, von 3453 Frank.

## Literarisches.

**Hausindustrie und Genossenschaftswesen.** Vortrag, anläßlich der Heimarbeit-Ausstellung zu Berlin am 16. Februar 1906 im Saale des Gewerbegerichts, gehalten von Simon Kagenstein. Berlin O. 17, Verlag Genossenschafts-Pionier. (Genossenschaftliche Agitations-Bibliothek. 1. Heft. 24 P. 20 Pfg.)

Ein erfahrener Praktiker auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung wie der genossenschaftlichen Organisation behandelt in diesem Vortrage ein bisher wenig beachtetes Mittel zur Einschränkung des Elends der Heimarbeit. Von der Erziehung ausgehend, daß von der in erster Linie zum wirksamen Eingreifen berufenen Gesetzgebung unter dem herrschenden System nur wenig zu erwarten ist, betont er um so entschiedener die Notwendigkeit genossenschaftlicher Organisation der Arbeit, deren Fähigkeit, auch auf diesem Gebiete der sozialen Befreiung zu dienen, er aus mannigfachen Ansätzen produktiv- und konsumgenossenschaftlicher Organisation in Deutschland, vor allem aber aus den vorbildlichen, in großem Stil durchgeführten Einrichtungen der machtvollen englischen Genossenschaftsbewegung nachweist. Der mäßige Preis der gut ausgestatteten Schrift wird bei Partiebezug noch wesentlich vermindert, so daß sie Genossenschaften wie Gewerkschaften und allen Interessenten des Arbeiterschutzes zur Verbreitung empfohlen werden kann.

auf Schulbänken im frühen Kindesalter, findet sich nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller Schulärzte bei mindestens 60 Prozent aller Schulkinder. Prof. Dr. Lorenz, Prof. Dr. Hoffe, Dr. Schultze u. a. bezeichnen sie als Schulkrankheit, die sofort verschwinden würde, wenn sich die Schule einer naturgemäßen Unterrichtsmethode bediente.

Daß die heutige Schule besonders auch Kurzsichtigkeit und Augenleiden hervorruft, hat Prof. Cohn schon vor einem Menschenalter nachgewiesen. Dr. Schmid-Monard fand in den erweiterten Volksschulen in Halle zu Anfang 0,5 bis 1,5 Prozent brillenträgende Kinder, im 11. Jahre schon 4,5 Prozent und im 14. Jahre bei Knaben 4,7 Prozent, bei Mädchen 3,6 Prozent. Auf den höheren Mädchenschulen stieg die Zahl bis zu 13,3 Prozent, auf den Knabenschulen sogar bis zu 4,3 Prozent.

Statistische Erhebungen über die Verbreitung des Stotterns haben ergeben, daß auf das Alter von 6 bis 7 Jahren 6 Proz., auf das von 7—8 Jahren schon 10 Prozent, auf das von 11—12 bereits 15 Prozent Stotterer entfallen und daß die Ursachen dieser rapiden Zunahme auf unsern Schulunterricht zurückzuführen sind.

So arbeiten soziales Elend und verfehlter Schulbetrieb mit vereinten Kräften an der Vermittlung der Gesundheit und Lebensfähigkeit des künftigen Geschlechts. Mit kleinen Schulreformen wird dem Uebel ebenso wenig geteuer wie mit den Quacksalbereien der bürgerlichen Sozialreform. Hier ist ganze durchgreifende Arbeit notwendig, denn das Uebel sitzt im innersten Mark; nur die Schaffung neuer Verhältnisse vom Grund aus kann den erforderlichen Heilungsprozeß bewirken. Die Zerrümmerung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird nicht nur eine Verstopfung der Quelle aller Leiden und Nöten des Volkes bedeuten, sie wird auch der Beginn einer neuen Schule, einer neuen Erziehung sein, die den Menschen zu Gesundheit, Kraft und Schönheit des Körpers wie des Geistes erheben wird.

(Der Grundstein.)